



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR STADTENTWICKLUNG, HOCHBAU UND LIEGENSCHAFTEN

am Donnerstag, 17.06.2021, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1	Luftreiniger - Ergebnisse Prüfauftrag zum Einsatz in allen Schulen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 152/21
-------	--	-----------------

Beschlussempfehlung:

Da mobile Luftreiniger nur als ergänzende präventive Infektionsschutzmaßnahme vor SARS-CoV-2 bewertet werden können, wird von einer flächendeckenden Ausstattung mit diesen Geräten an kommunalen Schulen und Kindertagesstätten abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung des Ausschusses Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften wird zusammen mit dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten.

BMin **Schwarz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. BMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet sind Stadtrat Handel, Stadträtin Metzger und Stadträtin Shoaleh. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem BMin Schmetz die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** übernimmt die Sitzungsleitung.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereichs Bildung und Familie und der **Leiter** des Fachbereichs

Hochbau und Gebäudewirtschaft informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Die Arbeitsstättenverordnung müsse eingehalten werden, ergänzt EBMin **Schmetz** und geht auf das Schreiben des Kultusministeriums ein. Weiter geht sie auf den Antrag der SPD-Fraktion ein (nachträglich erfasst mit Antragsnummer 202/21) und gibt der Antragstellerin das Wort.

Stadträtin **Liepins** wünscht den Jugendgemeinderat zu diesem Thema anzuhören. Sie gibt zu bedenken, dass trotz Luftfilter die Landesverordnung eingehalten werden müsse und somit eine eventuelle erneute Schließung nicht umgangen werden könne. Die SPD-Fraktion bringt ihren schriftlich formulierten Antrag (nachträglich erfasst mit Antragsnummer 202/21) ein. Dieser solle mitberaten werden. Das Lüften sei die erste Maßnahme. Weiter geht sie auf eine Poollösung ein und wünscht Angaben zur Anzahl der schwer belüftbaren Räume. Zum Thema Zugluft gebe es unterschiedliche Recherchen. Sie könne mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen, jedoch nicht flächendeckend und wünscht einen Verwaltungsvorschlag bis zur Gemeinderatssitzung. Leider gebe es keine klare Aussage des Kultus- und Sozialministeriums. Sie fragt nach Praxisbeispielen anderer Bundesländer. Sofern ihr Antrag abgelehnt werde, könne sie mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen.

Eine derzeitige Anschaffung sei nicht notwendig, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Die technischen Geräte bergen unter anderem eine trügerische Sicherheit, Lärm sowie Energiekosten und immense Anschaffungskosten. Disziplinierte Vorsichtsmaßnahmen seien wichtig, wie auch regelmäßiges Lüften und der Aufenthalt im Freien und Bewegung. Zudem sei ein großer Teil des Schulpersonals geimpft. Es solle mehr in die Digitalisierung und in Programme für den Lernalltag investiert werden. Durch die städtischen Fördertöpfe sollen beispielsweise Vereine stärker unterstützt werden. Sie kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. Weiter spricht sie die CO2-Ampeln an. Hierzu gebe es unterschiedliche Kostenangebote. Diese könnten mit einem geringen Kostenfaktor von 10,-- bis 15,-- Euro und einem geringen, aber lehrreichen Aufwand in der Schule selbstgebaut werden. Allerdings seien derzeit wenige Bausätze verfügbar.

Mögliche Maßnahmen müssen abgewogen werden, fordert Stadtrat **Meyer**. Die AHA-Regeln, Lüften, Bewegung und festinstallierte Lüftungsanlagen in Neubauten, sowie ein Impfschutz seien wichtige Maßnahmen und spricht die hohen Investitionskosten und laufende Kosten an. Er kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen, allerdings wünscht er ein differenziertes Vorgehen. Die Lüftungsstrategie solle exakt durchgeführt und protokolliert werden auch mit Unterstützung von CO2-Ampeln. Die Verwaltung soll prüfen, in welchen Räumen kein ausreichender Luftaustausch möglich sei. Zudem solle mit den Schulen eine Strategie unter anderem für den Schulbeginn und die Pausen entwickelt werden. Das Ziel sei die Schulen dauerhaft geöffnet zu halten. Zum SPD-Antrag äußert er sich zur Poollösung skeptisch. Die Geräte seien abhängig von der Raumgröße und bittet um Prüfung der kritischen Räume. Man brauche Aufholkonzepte für die Schüler.

Stadtrat **Rothacker** weist darauf hin, dass der FDP-Antrag zu Zeiten hoher Inzidenzwerte gestellt worden sei. Er dankt Mann+Hummel für die Bereitstellung der Geräte. Er geht auf die derzeitige finanzielle Lage und die hohen Investitions- und Betriebskosten ein. Zudem sei weiterhin das Lüften erforderlich und die Räume seien teilweise zu eng. Die CO2 Messung müsse am Boden erfolgen. Er fordert eine Selbstverantwortung der Schulen zu den Lüftungsmaßnahmen. Er spricht sich gegen eine Poollösung aus. Dies sei mit einem hohen Verwaltungsaufwand, Lagerung sowie Planungsaufwand verbunden. Er kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen.

Anschließend erfolgt der Wortbeitrag von Stadträtin **Knecht**: „unser Antrag 108/21 vom 25. März

2021 hat das Ziel, alles zu unternehmen, dass regulärer Präsenzunterricht wieder verlässlich stattfinden kann, allen am Schulleben Beteiligten ein Maximum an Sicherheit zu gewähren und unseren Schülerinnen und Schülern eine verlässliche und glaubwürdige Zukunftsperspektive zu geben. Denn so wie in den letzten 15 Monaten Bildung stattgefunden hat, darf es sich kommenden September nicht wiederholen! Wir dürfen ein Jahr später nicht wieder so unvorbereitet in das neue Schuljahr gehen.

Ich frage Sie: was haben wir seitdem dazugelernt, was haben wir unternommen, dass das Dilemma sich nicht wiederholt? Ich sage: zu wenig! Denn nur mit innovativen Maßnahmen, dazu zähle ich auch Hepa-14- Luftreiniger, werden wir mit Corona leben und eventuell kommende Wellen im Infektionsgeschehen entgegen können, „vor die Welle kommen“ ohne gleich wieder die Schulen zu schließen. Ich erinnere an die Situation vor einem Jahr, als es hieß „Schulen werden als letztes geschlossen und als erstes wieder geöffnet“– es gibt Jugendliche zwischen Klasse 7 und 10, die erst nach den Pfingstferien das erste Mal wieder Präsenzunterricht hatten– nach 5 ½ Monaten!

Die zum Teil katastrophalen Auswirkungen auf Psyche, soziale Bindungen, Entwicklung und Lernfortschritt bzw. Bildung sind uns allen bekannt. Insb. Kinder aus sozial schwächeren Familien wurden abgehängt, die Bildungsschere geht weiter auseinander.

Kein Kind, kein Jugendlicher darf in unserem Land zum Verlierer in der Pandemie werden. So stellt sich die Aufgabe, unabhängig von der weiteren pandemischen Entwicklung, gerade auch von Seiten des Landes und des Bundes Maßnahmen zu ergreifen, die Präsenzunterricht an unseren Schulen und damit Bildung und Zukunft sichern helfen. Dies sind wir unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr denn je schuldig. Ein Solidarpakt für die junge, nachfolgende Generation muss daher dringend geschnürt werden, damit BW ein zukunftsorientiertes und bildungsfreundliches Musterland wird. Neben dem Ausbau der nach wie unzureichende digitalen Infrastruktur an unseren Schulen, einer angemessenen Aufstockung von Lehrerstellen und Lehrerdeputaten zur Schließung von Lernlücken benötigen wir neben den AHA+L Regeln, einer funktionierenden Teststrategie und v.a. digitalen Nachverfolgung, auch Luftfilteranlagen und mobile Luftreiniger, die die Virenlast in den Unterrichtsräumen und somit die Ansteckungsgefahr verlässlich senken helfen und so Unterricht in Präsenz sichern können. Wir brauchen intelligente, innovative Lösungen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, denn wir werden noch lange mit Covid19 und dessen Mutationen leben müssen. Dabei dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen werden, sondern benötigen dringend die finanzielle Unterstützung von Land und Bund. Mittlerweile fördern andere Bundesländer wie Bayern, NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz die Anschaffung mobiler Luftreiniger für Schulen. Um nur eine Schule aus dem Kreis zu nennen: das Lichtenstern Gymnasium- in Trägerschaft der Kirche– hat bereits begonnen, Klassenzimmer mit Luftreinigern auszustatten. Die Wirksamkeit von Luftfiltern– unabhängig von der Art der Mutationen– ist unbestritten. Die stetig wachsende Zahl von Untersuchungen und Studien zeigen dies. Und dies nicht nur gegen Corona-Viren, sondern gegen Grippe- und Erkältungsviren, Feinstaub, wie z.B. auch gegen Pollen. Luftreiniger dienen also langfristig gegen Erkrankungen von Lehrern & Schülern, gegen Unterrichtsausfall, denn den hatten wir zu Genüge. Ein Fensterlüften erübrigt sich durch mobile Luftreinigungsgeräte natürlich nicht, da Sauerstoff nur von außen in die Klassenzimmer gelangt. Aber die Intervalle– alle 60 min anstatt alle 20 Minuten Stoß-/Querlüften– vergrößern sich und der Unterrichtsablauf wird somit weniger gestört. Und: in den Klassenzimmern wird es in den Wintermonaten nicht so kalt, dass Schüler Decken oder dicke Daunenjacken während des Unterrichts benötigen.

Mich wundert es schon sehr, dass von der Fraktion Bündnis 90/Grünen, die mobile Luftreiniger, wie wir gerade gehört haben, ablehnen, hier nie über Energieverschwendung sprechen, sondern lediglich über den hohen Stromverbrauch der Luftreiniger.

Aber ist denn abschließend geklärt, dass Stoßlüften in den Sommermonaten– bei gleicher Temperatur außen wie innen– überhaupt ausreicht, um virushaltige Aerosole zu reduzieren? Darüber habe ich in der Beschlussvorlage nichts erfahren können.

Dass geeignete Raumluftechnische Anlagen mit eingebauten Hepa 14- Filtern die beste und nachhaltigste Lösung sind, ist ebenso unbestritten. Nur sind diese viel zu kosten- und zeitintensiv als die pragmatische, schnell umzusetzende Lösung von mobilen Geräten. Beides haben wir nicht: Geld und Zeit. Da helfen uns die Bundesfördermittel- max. 200.000 € pro Schule für Umbaumaßnahmen- bei weitem nicht.

Schade, dass in der Beschlussvorlage 152/21 z.B. nicht auf die Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Aerosolforschung eingegangen wird oder auf die Studie von Prof. Dittler des Karlsruher Institut für Technologie eingegangen wird.

Die Gesellschaft hat in Ihrem offenen Brief an die Politik vom 11.4.21 die fünf „goldene Regeln zur Infektionsvermeidung“ aufgestellt. Die Autoren nennen unter mehreren Maßnahmen, auch: „Raumlufreiniger und -filter überall dort zu installieren, wo Menschen sich länger in geschlossenen Räumen aufhalten müssen– etwa in Pflegeheimen, Büros und Schulen.“ Zum Thema Hintergrundgeräusche und Schallemissionen: ab wann diese tatsächlich als störend empfunden werden, sollten wir mit den Menschen besprechen, die betroffen sind. In Ludwigsburg gibt es mittlerweile Erfahrungen während der vergangenen Abschlussprüfungen. Dies ist ein wichtiger Testlauf an unseren Schulen, der durch Mann+Hummel dankenswerterweise ermöglicht wurde. Mir wurde von mehreren Seiten an unterschiedlichen Schulen mitgeteilt, dass die zur Verfügung gestellten Geräte kleiner und mittlerer Größe nicht als störend empfunden wurden – und dies in einer Situation höchster Konzentration und Stillarbeit bei Abitur und Mittlerer Reife. Meine Frage an die Verwaltung: wurden die Berichtsbögen der einzelnen Schulen ausgewertet – immerhin war das schriftliche Abitur vor den Pfingstferien beendet. Aussagen hierzu vermisste ich in der Beschlussvorlage. Zum Thema Kosten, insbesondere zum großen Unterschied der von der Stadt errechneten Kosten zu denen der Firma Mann+Hummel liegt uns Gemeinderäten ein email-Schreiben von Mann+Hummel vom 18.5.21 vor, das besagt, dass sich die Investitionen für die Anschaffung von 1.400 Geräten (2 pro Klassenzimmer für 700 Klassenzimmern in LB) bei weniger als 750.000 € brutto belaufen, inkl. Stromverbrauch und Filterwechsel nach zwei Jahren bewegen wir uns deutlich unter 1 Mio. €. Da ich darüber in der Beschlussvorlage keine weitere Erklärung der Stadt gefunden habe, bitte ich, diese heute nachzuholen. Auch kann man heiter darüber diskutieren, ob „Zugerscheinungen durch mobile Luftreiniger“ als störender empfunden werden als Quer- und Stoßlüften.

Manch einer spricht mittlerweile von einer Verkürzung des Fensterlüften-Intervalls auf alle 10 min. Ich bezweifle, dass Unterricht dann überhaupt noch geregelt und konzentriert stattfinden kann.

Meiner FDP-Fraktion ist es überaus wichtig, dass Schulen aus Pandemiegründen nie wieder geschlossen werden. Die Absage des Kultus- und Sozialministeriums, dass Ludwigsburg mit dem Unternehmen vor Ort nicht zu einer „Modellstadt für Luftreiniger in Klassenzimmern“ mit wissenschaftlicher Begleitung durch das KIT werden kann - ist sehr bedauerlich. Ich frage mich, was die neue Landesregierung unternimmt, welche Konzepte sie entwickelt, um Schulschließungen zu verhindern? Es gibt viele Modellprojekte. Ohne das Voranschreiten von Lisa Federle und Boris Palmer in Tübingen hätten wir heute keine Teststrategie. Auch für den Tourismus läuft ein Modellprojekt mit der Öffnung des Europaparks Rust. Ich möchte die mittelständische Wirtschaft, den Tourismus nicht gegen Bildung ausspielen, frage mich aber schon, wie es sein kann, dass Freizeitparke vor den Schulen öffnen? Beides muss möglich sein, denn wir brauchen Feldversuche, um in der Pandemie zu erfahren, was geht und was geht nicht. Nur eine Absage für eine „Modellstadt Bildung“ von den Grün-regierten Ministerien Soziales und Kultus hinzunehmen, reicht nicht: hier müssen wir, die Stadt Ludwigsburg dranbleiben!

Gemeinsam mit dem ortsansässigen Unternehmen Mann+Hummel und den Ministerien an einen Tisch und gemeinsam eine Modellstadt für unsere junge Generation, für verlässliche Bildung entwickeln. Unterricht muss– unabhängig von den Inzidenzen– verlässlich stattfinden. Und bei niedrigen Inzidenzen ohne Masken, denn mobile Hepa-14-Luftreiniger scheiden 99,9% der Viren (und ihre Mutationen) zuverlässig aus der Luft ab. Natürlich handeln auch wir – was die Kosten angeht – verantwortungsvoll und sehen die von der Stadt zusammengestellte Investitionssumme

von 7 Mio. € aus dem städtischen Haushalt als nicht finanzierbar. Deshalb nochmals mein Aufruf: Die Kommunen dürfen hier von Bund und Land nicht weiter alleine gelassen werden. Wir -die FDP-Fraktion im Ludwigsburger Gemeinderat- fordern die Landesregierung auf, ein Förderprogramm für mobile Luftreiniger aufzusetzen. Dennoch möchten wir – auch bei Ablehnung unseres Antrages- unsere Kolleg/innen Stadträte und die Stadtverwaltung bitten, dieses wichtige Thema nicht ad acta zu legen. Wir sollten uns weiter vorbereiten, damit wir– wenn andere Finanzierungsmöglichkeiten, Fördermittel oder Spenden für mobile Luftreiniger zur Verfügung stehen– sofort weiter fortschreiten können. Dies bedeutet für uns: eine bedarfsgerechte detaillierte Darstellung und Ausarbeitung, wo und in welchen Gerätegrößen in mobile Luftreiniger investiert werden muss!“

Man brauche eine umfassende Vorsorge und vertrauensvolle Politik, fordert Stadtrat **Müller**. Er wünscht klare Vorgaben der Landesregierung, wie Schließungen vermieden werden können. Er kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. Die Geräuschbelästigung könne durch die Luftstromstärke minimiert werden. Mit den Luftreinigern müsse sorgfältig umgegangen werden. Hierzu fehlen noch Erfahrungswerte. Zudem merkt er an, dass sich durch CO2-Ampeln keine Aerosole und Viren messen lassen. Durch ein Maskentragen könne der Austausch von Aerosolen reduziert werden. Der Raumluftaustausch müsse unabhängig von der Pandemie durchgeführt werden.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereichs Bildung und Familie und der **Leiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft gehen auf die offenen Fragen ein. Lüftung sei Priorität 1. Kleinere Geräte seien nicht geeignet. Die genaue Wirkung und der Mehrwert für die Schulen könne nicht genannt werden. Der Rücklauf der Fragebögen liege bei 6 von 10 Schulen. Diese seien neutral bis positiv ausgefallen.

Stadtrat **Eisele** merkt kritisch an, dass bei der heutigen Sitzung die Dezibel Belastung im Durchschnitt bei 60 liege.

EBMin **Schmetz** verweist auf die Arbeitsstättenverordnung, welche den Grenzwert vorgebe.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf den SPD-Antrag ein. Die CO2-Ampeln können zur Orientierung dienen und variabel eingesetzt werden. Hiervon sollen einige Geräte angeschafft werden. Sie wünscht eine Prüfung, ob die Corona Verordnung bezüglich des Lüftens dennoch eingehalten werden müsse.

EBMin **Schmetz** geht auf die Lüftungskonzepte ein.

Stadträtin **Knecht** wünscht ihren Antrag Nr. 108/21 weiterhin zu beachten.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass der Antrag bereits im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten worden sei.

Die Verwaltung beobachte die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Landesförderungen und werde gegebenenfalls aktiv, fügt BMin **Schwarz** hinzu. Die Geräte können nicht in allen Räumen flexibel eingesetzt werden.

Bisher gebe es keine Landesstrategie und Fördermittel, so Stadträtin **Liepins**. Die Landesverordnung müsse eingehalten werde, auch mit Luftfiltern. Sofern sich die Rahmenbedingungen ändern, werde die Verwaltung aktiv.

Es solle dezidiert der Bedarf genannt werden und dementsprechend Geräte angeschafft werden, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an.

Stadtrat **Meyer** spricht sich gegen eine Poollösung aus. Er wünscht die Prüfung der kritischen Räume und für diese eine entsprechende Lösung zu beraten.

Stadtrat **Juranek** wünscht eine solide Klärung der Räume mit Bedarf. Das Wort Pool könne im Antragstext zu Ziffer 2 gestrichen werden.

Für Schulräume ohne genügend Belüftungsmöglichkeit müsse Abhilfe geschaffen werden, fordert Stadtrat **Remmele**. Dies könne nicht durch Luftfilter ersetzt werden.

Stadtrat **Eisele** wünscht eine getrennte Abstimmung zu Ziffer 1 und 2 des SPD- Antrages.

EBMin **Schmetz** geht auf den SPD-Antrag ein und formuliert einen geänderten Antragstext wie folgt, kursiv und gestrichen, abgedruckt:

„Antrag im Sachzusammenhang mit Vorlage 152/21

1. Die Stadtverwaltung prüft die Anschaffung von CO2 Ampeln *flächendeckend oder als Pool* für alle Ludwigsburger Schulen und Kindertageseinrichtungen.
2. Die Stadtverwaltung prüft eine bedarfsgerechte Ausstattung von Luftfiltern an Schulen und Kindergärten ~~mit dem Ziel einen Pool an Luftfiltern zu beschaffen~~, welche in schlecht belüftbaren Räumen oder auch in Mensen und Sporthallen eingesetzt werden können.“

Auf Wunsch des Gremiums lässt sie über die beiden Beschlussziffern des geänderten Antrags getrennt abstimmen.

Ziffer 1:

BSS: Der Antrag zu Ziffer 1 wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3-Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

SHL: Der Antrag zu Ziffer 1 wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen. (nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt)

Ziffer 2:

BSS: Der Antrag zu Ziffer 2 wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

SHL: Der Antrag zu Ziffer 2 wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen. (nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt)

EBMin **Schmetz** lässt nach dieser Aussprache die beiden Ausschüsse über den Empfehlungsbeschluss der Verwaltung (Vorl. 152/21) Beschluss fassen. Die Entscheidung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales ist separat protokolliert.

Die Sitzung wird ohne den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales fortgeführt.

Abgeänderter Empfehlungsbeschluss:

~~Der an der Friedrich-Ebert-Straße gelegene Vorplatz des Forums am Schlosspark~~ *Ein Platz in der Stadt Ludwigsburg* erhält den folgenden Namenszusatz:

Platz der Kinderrechte**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** übernimmt die Sitzungsleitung und verweist auf die Vorlage Nr. 149/21. Sie begrüßt die anwesenden Vorstandsmitglieder des Kinderschutzbundes. Das Thema Kinderrechte solle mehr in das Bewusstsein der Gesellschaft gerückt werden. Hier gehe es nicht um einen Platz für Kinder, sondern auf deren Rechte aufmerksam zu machen. Diese seien eine Bringschuld der Erwachsenen und sollen im Fokus der Erwachsenen stehen. Der Platz solle feierlich am 19. September 2021 im Rahmen des Weltkindertages eingeweiht werden. BMin Schwarz eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** kann mit der Vorlage mitgehen. Leider seien die Kinderrechte nicht im Grundgesetz aufgenommen, bemängelt sie.

Stadtrat **Braumann** hält den Platz vor dem Forum nicht für geeignet, sondern er solle im Herzen des Schulcampus an der Seestraße sein. Hierzu stellt er einen Antrag. Er sieht im Namenszusatz postalisch keine Problematik. Er wünscht eine Planungssicherheit für den Kinderschutzbund und Einbeziehung der Schule.

Stadtrat **Rothacker** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Er bittet um Abstimmung ohne konkrete Angabe zum Ort, so könne der Kinderschutzbund planen und die Kunstschule mit dem Projekt beginnen.

Stadtrat **Juraneck** ist in der Platzwahl noch unsicher, spricht sich aber eher für den Schulcampus aus. Der Platz am Forum sehe er als Platz der Menschenrechte und geht auf den philosophischen Hintergrund ein.

Stadtrat **Eisele** sieht den Platz am Schulcampus eher als geeignet an. Die Kinderrechte seien leider noch nicht vollständig umgesetzt. Der Platz vor dem Forum eigne sich als Platz der Menschenrechte. Er wünscht einen Beitritt zur Initiative kinderfreundliche Kommunen.

Stadtrat **Remmele** wünscht die Einbindung der Kinder durch Aktionen in den Schulen.

Über die positive Aufnahme des Vorschlages freut sich die **Vertreterin** des Kinderschutzbundes.

Der Platz solle auch bei den Erwachsenen im Fokus stehen und nicht nur von Kindern genutzt werden. Zudem solle dieser nicht nur Symbolcharakter haben, sondern auch bespielt werden. Die Kunstschule Labyrinth werde ein Kunstobjekt erstellen.

BMin **Schwarz** schlägt die Einholung einer Stellungnahme des Jugendgemeinderates vor und wird sich mit dem Goethe-Gymnasium in Verbindung setzen.

EBCMin **Schmetz** begrüßt die Idee der Benennung eines Platzes für Kinderrechte sehr und geht auf die mögliche problematische Adressierung am Schulcampus ein. Hierzu solle die Arge Campus einbezogen werden. Die Stadt sei Mitglied bei der kinderfreundlichen Kommune, jedoch seit 2020 nicht mehr zertifiziert. Die Aktivierung werde zeitnah nachgeholt.

Nach erfolgter Aussprache lässt BMin **Schwarz** über den geänderten Empfehlungsbeschluss, wie oben abgedruckt, abstimmen und wünscht schnellstmöglich einen geeigneten Platz zu finden und diesen am 19.09.2021 einweihen zu können. Der Platzvorschlag werde dem Gremium in der nächsten Gemeinderatssitzung vorgestellt.

EBCMin **Schmetz** verlässt die Sitzung.

Beschluss:

Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV):

1. Der Umnutzung und Vermietung des ehemaligen Sälerbereichs im Souterrain des historischen Stadtbades mit einer Nutzfläche von rd. 200 m² an die Filmakademie Baden-Württemberg, Animationsinstitut wird zugestimmt.

Ausschuss Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL):

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften beschließt die Umnutzung des ehemaligen Sälerbereichs im Souterrain des historischen Stadtbades für die Filmakademie Baden-Württemberg mit Baukosten in Höhe von 575.000 EUR (Kostengruppen 300, 400, 600, 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulagen).
3. Die für den Umbau der Flächen benötigten Finanzmittel in den Jahren 2022 und 2023 für Hochbaumaßnahmen (540.000 EUR) und Außenanlagen (20.000 EUR) werden im Haushalts- und Finanzplan 2022 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** weist auf den einstimmigen Beschluss im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und die positive Stellungnahme des Jugendgemeinderates hin. Die Investition amortisiere sich in 12 Jahren. Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet sie die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** geht auf die Filmakademie ein. Diese habe im Animationsbereich eine Spitzenposition inne und solle weiter ausgebaut werden, auch im ehemaligen Stadtbad. Er dankt für die Einholung der Stellungnahme des Jugendgemeinderates. Die Förderung erleichtere die Zusage. Er könne sich im Umfeld noch mehr Verortung vorstellen, wie eine ressourcenschonende Filmproduktion. Weiter fragt er nach den Kosten in Höhe von 60.000, --Euro für die Heizung und will wissen, ob das Gebäude auf dem höchsten energetischen Standard sei und klimaneutral betrieben werden könne. Seine Fraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **Eisele** stimmt ebenso zu und erinnert an das Jubiläumsjahr. Weiter geht er auf die Förderung und Amortisierung ein.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die offenen Fragen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Das Gebäude sei ein Baudenkmal und könne nicht den neuesten Ansprüchen entsprechen. Die Verrohrung und die statischen Heizflächen müssen neu installiert werden. Das Gebäude werde über einen Fernwärmeschluss beheizt. Mit dem Austausch der Fenster werde die Fassade verbessert. Ein Vollwärmeschutz sei nicht möglich, teilweise werde ein Innendämmung angebracht.

BMin **Schwarz** lässt über die Vorlage Nr. 153/21 zu Ziffer 2 und 3 Beschluss fassen.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen ist, eröffnet BMin **Schwarz** die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** gefällt die Mitteilungsvorlage. Er hat eine Frage zum Projekt Nr. 185 und will wissen, ob nach Schritt 1 bereits ein Nutzen erkennbar sei. Der Holzpreis sei in den USA wieder eingebrochen und er hoffe, dass sich dieser künftig in einem normalen Maß bewege.

Stadtrat **Link** dankt für die Kostenübersicht und geht auf die einzelnen Projekte ein. Er spricht ein Lob an den Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft aus. Der Holzpreis werde weiter auf einem hohen Niveau sein, meint er.

Stadtrat **Rothacker** moniert den Zugriff auf INKAS. Einige Mitglieder können dieses Angebot nicht nutzen. Ihn interessiert die grüne Ampel zum Projekt Ratskellercafé, obwohl die Kosten höher liegen.

Stadtrat **Eisele** lobt das Projekt Brahmweg. Zur Fuchshofschule will er wissen, ob durch das eingefallene Gerüst Mehrkosten verursacht habe. Zudem fragt er nach der Holzfassade und ob hier eine Verteuerung zu erwarten sei oder Fixkosten vereinbart seien.

Die **stellvertretende Fachbereichsleiterin** Hochbau und Gebäudewirtschaft gehen auf die offenen Fragen ein. An der Fuchshofschule seien durch das umgestürzte Gerüst und dem Sturm keine großen Schäden entstanden. Hier stehe man im Zeitplan. Zum Materialpreis liegen Ankündigungen vor jedoch noch nicht konkretisiert und geprüft. Zudem geht sie auf die Frage von Stadtrat Bauer ein und teilt mit, dass es bereits nach dem ersten Abschnitt einen Nutzen gebe. Der Mehraufwand beim Projekt Ratskellercafé werde über den Pächter finanziert. Das Projekt Brahmweg konnte in einem kurzen Zeitkorridor abgewickelt werden. Hier werde ein Zuschuss erwartet.

Stadtrat **Remmele** geht ebenso auf den Holzpreis ein und geht davon aus, dass sich dieser wieder normalisiere.

BMin **Schwarz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Empfehlungsbeschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.



- II. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Östlich der Steinheimer Straße“ Nr. 120/23 werden gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO jeweils als Satzung beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplan (Anlagen 1.1 und 1.2), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) jeweils vom 28.05.2021.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichtet ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung zum Thema.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Liepins** geht auf die Straßenplanung ein. Sie wünscht einen separaten Gehweg. Die Straße sei schmal und ein Begegnungsverkehr kaum möglich. Sie fragt nach Ausweichmöglichkeiten.

Stadtrat **Link** wünscht eine Markierung eines Fahrradstreifens. Er bemängelt die lange Zeitdauer.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Regelgehwegbreite von 2,50 m ein. Die Fußgänger sollen künftig mehr in den Fokus genommen werden.

Stadtrat **Juranek** geht auf die Planstraße B ein und fragt, ob der Radweg erhalten bleibe.

Der **Fachbereichsleiter** (Stadtplanung und Vermessung) teilt mit, dass dies die Verbindung zum bestehenden Fußweg sei und dieser bestehen bleibe.

BMin **Schwarz** geht auf die offenen Fragen ein. Der Bebauungsplan setze den Straßenausbau nicht fest. Der Straßenraum sei begrenzt. Die Fußgänger erhalten zur Sicherheit einen 2m breiten Gehweg mit erhöhtem Bordstein. In Schrittgeschwindigkeit sei ein Begegnungsverkehr von PKWs möglich. Die Einengungen dienen dazu, die Fahrzeuge abzubremsen. Die Anregung zur Radwegmarkierung werde mitgenommen und an die Straßenverkehrsbehörde weitergeleitet.

Nach dieser Aussprache lässt BMin **Schwarz** über den Empfehlungsbeschluss (Vorlage Nr. 147/21) abstimmen.

BMin **Schwarz** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.